

## Wachstum für Ostdeutschland

Beschluss für die Konferenz der Ostdeutschen Landesverbände der Jungen Union Deutschlands  
am 25. und 26. August 2018 in Rostock

1 In den nun bald 28 Jahren seit der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes wurde in  
2 Ostdeutschland viel erreicht: Wirtschaftlich ging es in den letzten Jahren stetig bergauf, die  
3 Infrastruktur befindet sich insgesamt in einem guten Zustand und die Arbeitslosenquote ist in allen  
4 neuen Bundesländern nur noch einstellig. Während es in den ersten Jahren nach der  
5 Wiedervereinigung noch primär um die Sanierungen bestehender Unternehmen ging, gelang es  
6 in den letzten Jahren nun auch zunehmend, eine moderne, eigenständige, leistungs- und  
7 wettbewerbsfähige Wirtschaft zu entwickeln. Die Produktivität und die internationale Einbindung  
8 der ostdeutschen Unternehmen haben sich enorm gesteigert und ihre Innovationskraft hat  
9 maßgeblich zu Entwicklungsfortschritten der neuen Länder beigetragen. Dennoch erreicht die  
10 durchschnittliche ostdeutsche Wirtschaftsleistung längst nicht westdeutsches Niveau. Dieser  
11 Herausforderung stellt sich die Junge Union Deutschlands mit folgenden Ansätzen für eine bessere  
12 Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft:

13

### 14 **Wachstum – Vernetzung – Innovation**

15 Ein guter wirtschaftspolitischer Kurs muss aus einem Dreiklang von Wachstum, Vernetzung und  
16 Innovation bestehen. Statt bloßer Diskussionen um Neuansiedlungen, braucht es vor allem gute  
17 Wachstumsbedingungen für bestehende ostdeutsche Unternehmen. Wachstum ist notwendig,  
18 um auch in Zukunft Fachkräfte zu binden und um für überregionale Märkte attraktiv zu sein. Für  
19 ein solches Wachstum brauchen wir auch in der Zukunft eine spezifische Wirtschaftspolitik. Dafür  
20 sollten sinnvolle Instrumente wie etwa zinsgünstige Förderdarlehen oder Investitionszuschüsse  
21 weiter ausgebaut werden.

22

23 Ein wichtiger Wachstumsfaktor ist auch eine bessere Vernetzung der ostdeutschen Wirtschaft  
24 untereinander und eine stärkere Anbindung an die Wissenschaft. Die Forschungs- und  
25 Innovationstätigkeit der Unternehmen muss steigen. Um dies zu ermöglichen, müssen  
26 Verbundforschungsprojekte von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen  
27 und Hochschulen mit ostdeutschen Unternehmen ausgebaut und besser gefördert werden.

28

## 29 **Digitale Innovationen in Ostdeutschland**

30 Damit Ostdeutschland für neue wirtschaftliche Innovationen anschlussfähig ist, muss der Ausbau  
31 der digitalen Netze oberste Priorität haben. Mit flächendeckendem Internet können gerade auch  
32 ländliche Regionen neue Entwicklungspotentiale entfalten. Diese Potentiale sollten die  
33 Landesregierungen erkennen und etwa für eine dauerhafte Ansiedlung von Start-Ups im  
34 ländlichen Raum ein Sonderförderprogramm auflegen. Die Universitäten und Hochschulen sollten  
35 ihre Forschungskompetenzen im Bereich der Digitalwirtschaft vernetzen und gezielt bei der  
36 regionalen Anwerbung von digitalwirtschaftlichen Unternehmen einbringen.

37

## 38 **Funklöcher mit nationalem Roaming schließen**

39 Insbesondere in ländlichen Regionen und entlang wichtiger Verkehrsachsen (z.B. A20) sorgen  
40 „Funklöcher“ für eine mangelnde Versorgung mit Mobilfunk und Internet, was sich zunehmend  
41 als ein Hemmnis für wirtschaftliche Entwicklung darstellt. Hier hinken viele ostdeutsche Regionen  
42 dem bundesdeutschen Durchschnitt noch zu stark hinterher. Um diesem Problem eine  
43 Minimalversorgung entgegenzustellen, bietet es sich an, eine gesetzliche Grundlage für ein  
44 nationales Roaming zwischen verschiedenen Mobilfunkbetreibern zu schaffen, wodurch sich  
45 Mobilfunkgeräte bei schwacher Netzabdeckung automatisch in das beste verfügbare Netz am  
46 jeweiligen Standort einwählen. Für unterversorgte Gebiete – etwa in Ostdeutschland – könnte  
47 dieses Modell des nationalen Roamings Mobilfunkanbietern verpflichtend eingeführt werden.

48

## 49 **Zukunftsperspektiven für das Handwerk in Ostdeutschland**

50 Durch den demografischen Wandel ist Ostdeutschland früher und stärker vom Fachkräftemangel  
51 betroffen als westdeutsche Bundesländer. Das macht sich besonders stark im Handwerk  
52 bemerkbar: So gibt es zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern derzeit über 6.000  
53 Handwerksbetriebe, deren Inhaber 55 Jahre und älter sind. Trotz steigender Nachfrage nach  
54 handwerklichen Dienstleistungen zeitigen fehlender Nachwuchs an Auszubildenden und vakante  
55 Unternehmensnachfolgen schon heute ihre Konsequenzen in einem Handwerkerangel in vielen  
56 Regionen Ostdeutschlands.

57 Um unser Handwerk zukunftsfest zu machen, muss die berufliche Bildung auch als  
58 wirtschaftspolitisches Thema begriffen werden. Dazu gehört es, eine passgenaue und schulische  
59 Berufsfrühorientierung und aufklärende Informationen auch für Eltern anzubieten,  
60 flächendeckend Berufsschulen vorzuhalten, die mit der Digitalisierung Schritt halten, und auch  
61 den Status des Auszubildenden aufzuwerten – etwa durch bessere Rahmenbedingungen für die

62 Ausbildungsvergütung sowie durch Fahrkostenzuschüsse oder durch Einführung eines  
63 Azubitickets für den ÖPNV, zum Beispiel im Rahmen von Anpassungen der  
64 Bundesausbildungsbeihilfe.

65 Um die in den nächsten Jahren anstehenden Unternehmensnachfolgen im Handwerk abzufedern,  
66 die heute oft noch vakant sind, sollten vorhandene Förderprogramme für den Eintritt junger  
67 Handwerker in Selbstständigkeit ausgebaut werden.

68

### 69 **Landwirtschaftliche Strukturen in Ostdeutschland erhalten**

70 Die Land- und Ernährungswirtschaft bildet trotz aller Einschnitte nach der Wiedervereinigung noch  
71 immer eine wichtige Säule der ostdeutschen Wirtschaft – insbesondere im ländlichen Raum. Seit  
72 1990 hat sie sich zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Im Agrarbereich wird heute im Osten mit  
73 besseren Ergebnissen gewirtschaftet als im Westen. Die ostdeutschen Agrarbetriebe weisen in  
74 ihrer Struktur allerdings eine deutlich höhere Betriebsgröße als traditionelle westdeutsche  
75 Betriebe auf. Diese historisch gewachsene Struktur ist zu respektieren. Gerade auf dem  
76 Hintergrund aktueller Diskussionen um die europäische Agrarpolitik dürfen größere ostdeutsche  
77 Betriebe gegenüber kleinteiligeren Strukturen in Westdeutschland nicht noch weiter benachteiligt  
78 werden.

79

### 80 **Ostdeutschland bei regionalen Vergabeverfahren besser berücksichtigen**

81 Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in den neuen Bundesländern ist die Quote ostdeutscher  
82 Unternehmen oft noch zu gering. Gerade kleine und mittlere Unternehmen kämpfen mit  
83 unnötiger Bürokratie und gehen in der Fülle von Nachweispflichten unter. Damit die heimische  
84 regionale Wirtschaft in Zukunft besser berücksichtigt werden kann, sollten öffentliche  
85 Auftraggeber verpflichtet werden, insbesondere bei freihändiger Vergabe und bei beschränkten  
86 Ausschreibungen kleinere und mittlere Unternehmen ihrer Heimatregion aufzufordern, Angebote  
87 abzugeben. Zudem müssen die Ausschreibungsverfahren deutlich einfacher und verständlicher  
88 werden. Bewirbt sich kein Unternehmen um den ausgeschriebenen Auftrag, sollte über die  
89 bestehenden Möglichkeiten hinaus mit Hilfe einer Härtefallklausel die Anforderungen der  
90 Ausschreibung gesenkt werden. In einem kommenden Bürokratieentlastungsgesetz brauchen wir  
91 eine substantielle Verbesserung für Unternehmen in diesen Bereichen.

92

### 93 **Forschung – Initialzündung für den Osten**

94 Industrieforschung, Intelligente Vernetzung und neue Mobilität sind wesentliche Treiber für die  
95 wirtschaftliche Prosperität Deutschlands. Hier haben die neuen Bundesländer klaren  
96 Nachholbedarf. Der Osten kann aber nur dann die Lücke zum Westen schließen, wenn er bei  
97 Forschungseinrichtungen, Modellvorhaben und Forschungsprojekten überproportional  
98 berücksichtigt wird. Dem muss die wirtschaftsliberale Union Rechnung tragen.

99

100 **„Wirtschaft macht man nicht mit links“**

101 Eine gute Wirtschaftspolitik für Ostdeutschland beruht zentral auf dem Konzept der Sozialen  
102 Marktwirtschaft und fühlt sich der Ordnungspolitik verpflichtet. Eine solche Politik ist mit dem  
103 ideologischen Fundament der Linkspartei nicht vereinbar. Unter anderem deshalb lehnt die Junge  
104 Union Deutschlands – gerade auch auf dem Hintergrund aktueller Diskussionen – etwaige  
105 Überlegungen über eine Koalition der CDU mit der Linkspartei entschieden ab. Für uns ist klar:  
106 „Wirtschaft macht man nicht mit links“.